

Jetzt Gönner werden: www.rega.ch

## **IMPRESSUM**

# Elgger/Aadorfer Zeitung

**Verlag:** Elgger-Zeitung AG, Postfach 76, 8353 Elgg

**Verlagsleitung:** Andrea Pazeller Tel. 052 511 27 25, Fax 052 366 12 84

E-Mail Verlag: info@elgger-zeitung.ch

Redaktion: René Fischer

Tel. 052 511 27 27, Fax 052 511 27 28

Christina Avanzini

Tel. 052 511 27 29, Fax 052 511 27 28

#### E-Mail Redaktion:

redaktion@elgger-zeitung.ch

#### Freie Mitarbeiter:

René Lutz Tel. 052 364 19 05, Kurt Lichtensteiger Tel. 052 365 34 33, Peter Zinggeler Tel. 052 363 10 40

Inserate: Beni Meier

Tel. 052 511 27 19, Fax 071 911 19 22 E-Mail: verkauf@elgger-zeitung.ch E-Mail Verlag: info@elgger-zeitung.ch

Todesanzeigen:

Tel. 052 511 27 25, Natel 079 671 66 71 E-Mail: info@elgger-zeitung.ch Annahmeschluss: Mo, Mi und Fr 9.30 Uhr

Inseratepreise: Einspaltig (26 mm), Normalauflage 85 Rp., Vereinschronik 81 Rp., Grossauflage Fr. 1.02 (inkl. 8% MWST)

Chiffregebühr: Fr. 9.-

**Abonnements:** Mit der Post jährlich Fr. 124.–, halbjährlich Fr. 71.– (inkl. 2,5% MWST)

Internet: www.elgger.ch

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Samstag

Druck: E. Kalberer AG, Bazenheid

## 30. Marz

Bei den Wahlvorschlägen fehlen drei Kandidatinnen oder Kandidaten für die Sekundarschulpflege.

ELGG – Die interparteiliche Konferenz hat sich bemüht, für jede vakante Stelle bei den Behörden der Politischen Gemeinde und der Schulen ein neues Mitglied zu finden. Für die Sekundarschulpflege liegen leider nur vier Kandidaturen vor, was bei unserer individualistischen Gesellschaft nicht verwunderlich ist. Die kleine EVP-Ortsgruppe kann selber niemand aufstellen, würde aber eine geeignete amtswillige Person gerne unterstützen. Eine echte Wahlmöglichkeit unter zu vielen Vorschlägen dürfte es auch nach der anberaumten Nachfrist kaum geben.

Für die Behördentätigkeit stehen die Fachkompetenzen nicht im Vordergrund, mit Ausnahme etwa bei den Technischen Betrieben oder für die Finanzen. Gefragt sind vor allem die Teamfähigkeit

und Kompromissbereitschaft. Bestimmt ist es gut, wenn alle Parteien angemessen vertreten sind, um ihre verschiedenen Ansichten vorbringen zu können. Eine Behörde kann aber ihre Aufgabe nur dann erfüllen, wenn sich die Mitglieder um eine gemeinsame Lösung bemühen und alle das Ihre zum Erhalt einer guten Atmosphäre beim Erledigen ihrer Geschäfte beitragen.

Gerne würde die EVP mithelfen, bei Meinungsverschiedenheiten zu vermitteln. Unsere Ortsgruppe hofft, dass es noch gleich gesinnte Elggerinnen und Elgger gibt, die sich entschliessen, einer Mittepartei beizutreten. Für die zweite Wahlrunde vom 18. Mai können wir immerhin drei KandidatInnen in die reformierte Kirchenpflege vorschlagen. Dass wir uns als Evangelische Volkspartei für die Kirchgemeinden besonders interessieren, leuchtet wohl ein. Künftig möchten wir unsere Haltung aber auch in anderen Bereichen der Gemeindepolitik einbringen.

EVP ELGG UND UMGEBUNG

### FORTSETZUNG VON SEITE 1

Die Bankleitung habe reagiert und die Sicherheitsvorkehrungen verstärkt und modernisiert. Dafür seien beträchtliche Mittel investiert worden. Ein weiterer Schritt sei gewesen, dass die Geschäftsstelle nur noch mit geringeren Bargeldmitteln ausgestattet sei. Grössere Beträge können nur noch nach Voranmeldung bezogen werden.

Peter Bühler kam dann noch auf den Stand der Dinge in den beiden Überfällen zu sprechen. Während man der ersten Täterschaft habhaft geworden sei, fehle vom zweiten Täter weiterhin noch jede Spur. Der erste Fall sollte in den nächs-

ten Wochen vor Gericht kommen. Peter Bühler sprach die Hoffnung aus, dass die Strafen hart ausfallen sollten, denn wer jemand mit einer Waffe bedrohe gehöre hinter Gitter, denn Überfälle mit Waffengewalt seien keine Kavaliersdelikte. Es sei zudem störend, wenn der Fokus oft mehr auf die Täter als auf die Opfer gelegt werde. Seine Forderungen an die Politik sind eindeutig: Mehr Opferschutz als Täterschutz. Höhere Strafen für bewaffnete Raubüberfälle, ein Muss für den vorzeitigen Strafantritt, keine strafmildernden Massnahmen wenn Waffen mit im Spiel sind und wenn es sich auch nur um Spielzeugpistolen handelt. Der psychische Schock beim Opfer sei so

## den Semstanzeigen

Das Steueramt des Kantons Zürich hat im Jahr 2013 ausserordentlich viele straflose Selbstanzeigen über bisher nicht deklarierte Einkommen und Vermögen erhalten: Mit 1'300 neuen Fällen wurde die Zahl des Vorjahres um mehr als die Hälfte übertroffen.

**ZÜRICH** - Seit 2010 besteht die Möglichkeit der straflosen Selbstanzeige für nicht deklarierte Einkommen und Vermögen. Das heisst, alle Steuerpflichtigen können einmal in ihrem Leben eine solche Anzeige machen: Sie müssen zwar die Nachsteuern auf zehn Jahre zurück bezahlen, erhalten aber keine Busse. Diese vom Bund eingeführte sogenannte Mini-Steueramnestie hatte dazu geführt, dass die Zahl der Selbstanzeigen im Kanton Zürich von zuvor lediglich 350 pro Jahr auf rund 1'400 hochgeschnellt war (2010). Seither ist die Zahl zwar auf einem hohen Niveau geblieben, bis im Jahr 2012 aber auf 850 zurückgegangen. Die erneute Zunahme auf 1'300 Meldungen im vergangenen Jahr ist nach Einschätzung der Finanzdirektion auf die

breite öffentliche Diskussion über nicht deklarierte Vermögen und Einkommen sowie auf geplante gesetzliche Anpassungen zurückzuführen.

Die im vergangenen Jahr vom Steueramt erledigten rund 700 Fälle brachten dem Kanton und den Gemeinden zusammen 42 Millionen Franken an Nachsteuern ein, dem Bund weitere zehn Millionen Franken. Diese Werte entsprechen jenen des Vorjahres. Das kantonale Steueramt konnte damit aufgerechnete Einkommen von 87 und Vermögen von 3'525 Millionen Franken besteuern (kumuliert aus bis zu zehn Steuerperioden). Damit wurden Vermögen von 577 Millionen Franken nachhaltig aufgedeckt, das heisst, sie erscheinen auch in künftigen Steuerdeklarationen. Auch diese Werte liegen im Bereich jener des Vorjahres. Etwa ein Drittel der erledigten Fälle betraf nicht deklariertes Einkommen, darunter zum Beispiel Nebenbeschäftigungen, Alimente, Renten, nicht gerechtfertigte Abzüge oder nicht verbuchte Umsätze. Die anderen zwei Drittel betrafen nicht deklarierte Vermögen und Erträge daraus, darunter etwa Wertschriften, Bankkonten, Gold, Kunstgegenstände, Liegenschaften oder Darlehen. Wie schon in den Vorjahren stammten die allermeisten Selbstanzeigen von natürlichen Personen und nur einzelne von juristischen Personen.

FINANZDIREKTION

oder so sehr gross. Zudem sollten auch in kleineren Ortschaften wieder bemannte Polizeistellen eingerichtet werden, damit die Wege zu den Tatorten verkürzt werden können. Peter Bühler erwartet nun eine zügige Erledigung der ersten Straftat, damit dieses belastende Thema abgehakt werden kann.

RENE LUTZ

# S LIDARITÄT

Spendenkonto PC 60-19191-7

**d** www.fastenopfer.ch